

# Schattenwirtschaft in Baden-Württemberg

**Stefan Donhauser**



Dipl.-Volkswirt Stefan Donhauser ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

**In den letzten 30 Jahren zeigt sich weltweit ein Phänomen, das zunehmend Interesse in der wissenschaftlichen Forschung und der Wirtschaftspolitik findet: Private Haushalte und Unternehmen entziehen sich in zunehmendem Maße dem staatlichen Zugriff und damit der steuerlichen Erfassung und sozialer Abgabepflichten. Sie weichen dem Druck der Regulierungen und Abgaben aus, indem sie ihre Tätigkeiten vor der „offiziellen“ Wirtschaft verheimlichen und verstärkt in der Schattenwirtschaft tätig werden. Für das Jahr 2004 ist voraussichtlich in Baden-Württemberg mit einem Ausmaß der Schattenwirtschaft zu rechnen, dessen Anteil rund 14 % des BIP betragen würde. Dies entspricht einem Volumen von rund 45 Mrd. Euro, das neben der „offiziellen“ Wirtschaft erarbeitet wird.**

Nach einer neueren Studie von *Friedrich Schneider* zur Entwicklung der Schattenwirtschaft wurde im vergangenen Jahr in Deutschland mit einem Volumen von 358 Mrd. Euro gerechnet; dies entspricht einem Anteil von gut 16 % des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Vergleich zum Jahr 2003 wäre dies ein leichter Rückgang von gut 1 Prozentpunkt. Zu dem gesunkenen Volumen der Schattenwirtschaft dürften die erweiterte Minijob-Regelung, die Gesetze zu Reformen am Arbeitsmarkt (Kündigungsschutzgesetz, Arbeitszeitgesetz, Neuregelung des Arbeitslosengeldes), die Neuregelung der Handwerksordnung und die beschlossenen Steuersenkungen beigetragen haben. In welchem Umfang diese Maßnahmen und die geplanten Gesetze zu einem weiteren Rückgang der Schattenwirtschaft führen werden, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden (*i-Punkt 1*).<sup>1</sup>

## Höhe der Steuern und Abgaben Hauptursache für Schattenwirtschaft

Für das Ausmaß und die Entwicklung der Schattenwirtschaft gibt es verschiedene Bestimmungsgründe, die sich in drei Bereiche einordnen lassen:

■ Ursachen, die die Schattenwirtschaft als Folge einer zunehmenden Staatstätigkeit begründen. Als Hauptgründe sind hier die hohe Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialversicherungsabgaben und der Umfang staatlicher Regulierungen zu nennen.

■ Ursachen, die aufgrund struktureller Veränderungen des Arbeitsmarktes für die verstärkte Ausübung schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten sorgen, wie etwa die Veränderung der Erwerbsquote und Arbeitszeitverkürzungen.

■ Ursachen, die auf dem Wertewandel basieren. Diese zeigen sich in sinkender Steuermoral und abnehmender Akzeptanz staatlicher Normen.

Aus diesen Faktoren kann die Aufnahme von schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten als das Resultat einer Abwägung von Kosten und Nutzen auf individueller Ebene angesehen werden. Das bedeutet, dass die Anreize, in der Schattenwirtschaft tätig zu werden, umso größer sind, je höher die Kosten einer Beschäftigung im öffentlichen und je geringer die Kosten im inoffiziellen Arbeitsmarkt sind.

## Ermittlung des Volumens der Schattenwirtschaft

Bei der Erfassung der Schattenwirtschaft liegt die Schwierigkeit darin, dass die Beteiligten ihre Aktivitäten dem staatlichen Zugriff entziehen. Jedoch hinterlässt die Schwarzarbeit in verschiedenen Bereichen ihre Spuren, durch die es möglich wird, das Ausmaß der Schattenwirtschaft abzuschätzen. Es gibt grundsätzlich drei Erfassungsmethoden (*vgl. i-Punkt 2*):

■ *Direkte Verfahren*, bei denen auf der individuellen Ebene (Mikroebene) der Umfang der Schattenwirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt erhoben wird.

■ *Indirekte Verfahren*, wie der Bargeldansatz, bei denen nach Indikatoren auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene (Makroebene) für die Entwicklung der Schattenwirtschaft im Zeitablauf gesucht wird.

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag basiert auf folgenden Literaturquellen: Schneider, Friedrich: Rückgang der Schattenwirtschaft in Deutschland, Stagnieren in der Schweiz sowie weiteres Anwachsen in Österreich? Ein Erklärungsversuch, Linz, 2004, <http://www.econ.jku.at/Schneider/publik.html> – Schneider, F./Enste, Dominik: Shadow Economies: Size, Causes, Consequences, Journal of Economic Literature, Vol. 38, 77-114, 2000. – Schneider, F./Osterkamp, Rigmar: Schattenwirtschaft in Deutschland und Europa, ifo-Schnelldienst, Band 53, 17-26, 30/2000.

## **i** Definition der Schattenwirtschaft

**1** Für die Bewertung und Abschätzung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten ist eine Begriffsabgrenzung notwendig. Ohne hier auf eine Analyse der Definitionsalternativen einzugehen, soll eine Abgrenzung dargestellt werden, die umfassend und plausibel ist und demzufolge auch in der wissenschaftlichen Forschung Anwendung findet. So werden hier unter Schattenwirtschaft alle wirtschaftlichen Aktivitäten verstanden, die nicht in die Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts eingehen, obwohl sie zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen.

Das bedeutet, dass die Schattenwirtschaft eigentlich im Wertschöpfungsbeitrag entsprechend der VGR-Konzeption erfasst werden müsste, was durch die privatwirtschaftlichen Ausweichstrategien allerdings nicht gelingt.<sup>1</sup> Weiterhin erfasst die Schattenwirtschaft alle ökonomischen Aktivitäten,

1 Schattenwirtschaftliche Aktivitäten sind – wenn auch nur in sehr geringem Umfang – im BIP enthalten, da sie nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) unter den Produktionsbegriff fallen. Das Statistische Bundesamt errechnet das Ausmaß der verborgenen Wirtschaftstätigkeit mithilfe von Zuschlagssätzen und impliziten Erfassungsmethoden, weist dieses jedoch nicht separat aus. Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt 2003 für Deutschland, Wiesbaden, 2004, S. 23 f.

die grundsätzlich steuer- und sozialversicherungspflichtig wären, wenn sie nicht der Finanz- und Arbeitsverwaltung verheimlicht würden.

Nach dieser Abgrenzung umfasst die Schattenwirtschaft im weiteren Sinne sowohl legale Tätigkeiten aus dem Bereich der Selbstversorgungswirtschaft, die sich in erwerbswirtschaftliche und bedarfswirtschaftliche Tätigkeiten unterteilen lassen, und illegale Aktivitäten. Zur Schattenwirtschaft im engeren Sinne, die auch umgangssprachlich als Schwarzarbeit bezeichnet wird, werden keine illegalen Tätigkeiten wie etwa Drogenhandel und Diebstahl gezählt. Weiterhin bleiben bedarfswirtschaftliche Tätigkeiten, zu denen die Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten zu rechnen sind, unberücksichtigt. Unter Schattenwirtschaft wird im vorliegenden Beitrag die Schattenwirtschaft im engeren Sinne verstanden, die durch die Steuer- und Abgabenhinterziehung oder/und unerlaubte Gewerbe- und Handwerksausübung gekennzeichnet ist.

■ *Modellansätze*, bei denen versucht wird, die Größe der Schattenwirtschaft als „unbeobachtbare“ Variable über statistische Schätzverfahren zu ermitteln.

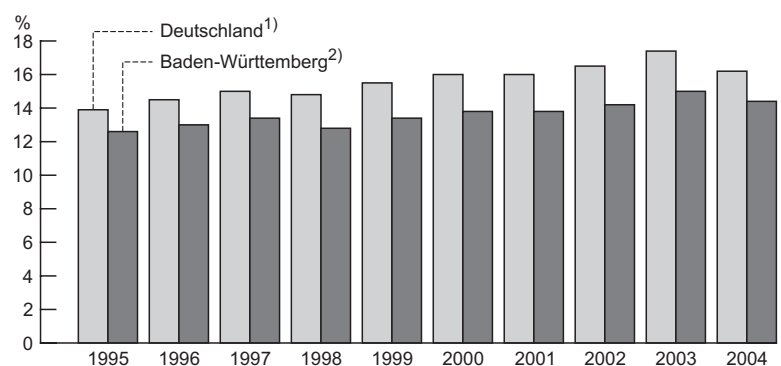
Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse für Deutschland und die Bundesländer wurden mithilfe des Bargeldansatzes geschätzt. Dieser unterstellt, dass schattenwirtschaftliche Tätigkeiten ausschließlich monetär abgewickelt werden, das heißt ohne Nachbarschaftshilfe, ohne Tauschgeschäfte, nur mit bezahlter Schwarzarbeit. Daher wird eher die monetäre Seite der Schattenwirtschaft als die Schattenwirtschaft per se betrachtet.

Ausgehend von den Berechnungen für Deutschland wurden im vorliegenden Beitrag die entsprechenden Werte für Baden-Württemberg fortgeschrieben. Da bereits die Erfassungsmethoden mit Unzulänglichkeiten behaftet sind, müssen die Ergebnisse und die weiteren Berechnungen, die auf ihnen basieren, vorsichtig interpretiert werden. Zielsetzung ist deshalb nicht die exakte Bestimmung des Ausmaßes der Schattenwirtschaft, vielmehr sollen hier ungefähre Größenordnungen für Baden-Württemberg dargestellt werden.

### Leichter Rückgang schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten im Jahr 2004

In den letzten Jahren war in Deutschland Schätzungen zufolge ein stetiges Anwachsen der Schattenwirtschaft zu beobachten, die bis

**S1 Anteil der Schattenwirtschaft am realen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und in Baden-Württemberg 1995 bis 2004**



1) Ab 2003 Schätzung. – 2) Ab 2000 eigene Schätzung.

Quelle: Schneider, F.: Rückgang der Schattenwirtschaft in Deutschland, Stagnieren in der Schweiz sowie weiteres Anwachsen in Österreich? Ein Erklärungsversuch, Linz, 2004, <http://www.econ.jku.at/Schneider/publik.html>. – Schneider, F./Osterkamp, R.: Schattenwirtschaft in Deutschland und Europa, ifo-Schnelldienst, Band 53, 17 – 26, 30/2000.

## **i** Methoden zur Erfassung des Umfangs der Schattenwirtschaft<sup>1</sup>

Die **direkten Verfahren**, die Schattenwirtschaft zu erfassen, setzen an der Mikroebene an, also beim einzelnen Haushalt oder Steuerpflichtigen. Sowohl bei Befragungen oder bei Ermittlungen durch die Finanzämter ist sehr unsicher, ob mit der befragenden Stelle in ausreichendem Maß kooperiert wird, um das volle Ausmaß der Schattenwirtschaft und der Steuerhinterziehung aufzudecken. Die Ergebnisse dieser Stichproben müssen auf alle Haushalte bzw. Unternehmen hochgerechnet werden, was eine weitere Unsicherheitsquelle darstellt. Die auf diese Weise errechneten Werte sind eher als Untergrenze des Ausmaßes der Schattenwirtschaft anzusehen.

Auf der Makroebene setzen die **indirekten Verfahren** an und stellen somit globale Erfassungsmethoden dar. Am gebräuchlichsten ist die Bestimmung des Ausmaßes der Schattenwirtschaft mit dem **Bargeldansatz**. Im Prinzip ergibt sich der Umfang der Schattenwirtschaft als die Differenz von Bargeldhaltung insgesamt – Bargeldhaltung der regulären Wirtschaft.

Dabei wird die gesamte Bargeldhaltung durch eine Bargeldnachfragefunktion beschrieben. Neben den beiden traditionellen Erklärungsfaktoren der Bargeldhaltung (reales Pro-Kopf-Einkommen und reales Zinsniveau) werden in der Bargeldnachfragefunktion auch solche Faktoren berücksichtigt, die Ursachen für die Geldhaltung zum Zweck der Finanzierung inoffizieller Transaktionen sein können.

Zu den Variablen, die als Ursache für die Schattenwirtschaft gelten können, zählt die Belastung der Wirtschaftssubjekte mit Steuer- und Sozialabgaben. Während das Datenmaterial hierfür relativ leicht verfügbar ist, muss für andere Variablen die Datenbasis erst berechnet werden. Bürokratieaufwand und eine zunehmende Staatstätigkeit können durch das zahlenmäßige Verhältnis der beim Staat Bediensteten zur Bevölkerung abgebildet werden. Dieser Ansatz eignet sich besonders für Länder, in denen ein Personalanstieg im öffentlichen Dienst zu beobachten ist. Alternativ dazu kann die Staatsquote, das heißt das Verhältnis der Summe der Haushaltsausgaben des Staates und der ge-

setzlichen Sozialsysteme zum BIP, Anwendung finden. Andere Variablen werden durch eine Indexbildung abgebildet. Die Komplexität des Steuersystems wird durch Ausnahmeregelungen, Vergünstigungen, den Interpretationsspielraum der Steuerbehörden und die Zahl der Steuern bestimmt. Aus diesen einzelnen Elementen wird ein Indikatorwert aggregiert. Die Steuermoral und die Einstellung gegenüber dem Staat lassen sich ebenfalls durch einen Index darstellen, der auf der Grundlage repräsentativer Umfragen errechnet wird. Um die Regulierungsdichte abzubilden, werden beispielsweise die Anzahl der Arbeitsmarktregelungen, Umwelt- und Sicherheitsvorschriften erfasst.

Die Bargeldhaltung in der regulären Wirtschaft wird ermittelt, indem in der Bargeldnachfragefunktion der Einfluss der Schattenwirtschaft eliminiert wird. Durch die Bargeldhaltung, die über die in der regulären Wirtschaft hinausgeht, wird auf die Existenz schattenwirtschaftlicher Aktivitäten geschlossen. Das Ausmaß der Schattenwirtschaft wird dann dadurch berechnet, indem die Differenz der Bargeldhaltung mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes multipliziert wird. Bei der Umlaufgeschwindigkeit wird das nominale BIP auf die Geldmenge bezogen; in der Regel wird hier das Geldmengenaggregat M1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) verwendet, das von den Zentralbanken errechnet wird. Es wird unterstellt, dass die Umlaufgeschwindigkeiten in der Schattenwirtschaft und der regulären Wirtschaft identisch sind. Diese Annahme muss getroffen werden, da es keine gesicherten Erkenntnisse gibt, in welcher Richtung die Geldumlaufgeschwindigkeit in der Schattenwirtschaft von der regulären Wirtschaft abweicht. Problematisch an dieser Methode ist weiterhin die Annahme, dass alle Transaktionen in der Schattenwirtschaft in bar abgewickelt werden. Trotzdem eignet sich der Bargeldansatz, um die langfristige Entwicklung der Schattenwirtschaft und deren etwaiges Ausmaß zu bestimmen.

Bei der Berechnung der Größe der Schattenwirtschaft der einzelnen Bundesländer wurde von der Aggregatschätzung für Deutschland ausgegangen. Dieser Wert wurde auf der Grundlage von Befragungsergebnissen, in welchen Sektoren schwarz gearbeitet wird, aufgeteilt. Danach wurde

<sup>1</sup> OECD: Measuring the Non-Observed Economy, A Handbook, Paris, 2002. – Thießen, Ulrich: Machtlos gegen die Schwarzarbeit, Das Beispiel Ukraine, Wochenbericht des DIW 51-52/2001.

entsprechend diesen Strukturen eine Disaggregation auf die Bundesländer vorgenommen. Obwohl dieses Vorgehen auch mit Ungenauigkeiten behaftet ist, liefert es jedoch plausiblere Ergebnisse als das einfache Herunterbrechen des aggregierten Wertes als Prozentanteil der Wirtschaftsleistung der einzelnen Länderwerte. Da die Ergebnisse für die Bundesländer nur bis zum Jahr 1999 vorlagen, wurde das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Baden-Württemberg mithilfe des Bundeswertes unter Annahme eines parallelen Verlaufs fortgeschrieben.

Der **Modellansatz**, der in letzter Zeit verstärkt Anwendung findet, ist ein Verfahren, innerhalb dessen der Umfang der Schattenwirtschaft eine nicht beobachtbare Variable darstellt. Bei dieser Methode wird zwischen Einflussfaktoren und Indikatorvariablen unterschieden. Die Einflussfaktoren bestimmen das Ausmaß der Schattenwirtschaft und

werden ihrerseits mit mehreren Indikatorvariablen abgebildet. Einflussfaktoren sind u.a. die direkte und indirekte Steuerbelastung, Sozialversicherungsbeiträge und das verfügbare Einkommen. Als Indikatorvariablen finden die amtliche Erwerbsquote, die in der regulären Wirtschaft effektiv geleistete Arbeitszeit und das Wachstum des „offiziellen“ BIP Anwendung. Mithilfe des LISREL-Verfahrens (Linear Interdependent Structured Relationships) ist es möglich, über die Einflussfaktoren und unter Verwendung der Indikatorvariablen auf das Ausmaß der Schattenwirtschaft zu schließen. Vorteil dieses Verfahrens ist, dass sowohl die Informationen über mögliche Einflussfaktoren als auch mehrere Indikatoren für das Ausmaß der Schattenwirtschaft berücksichtigt werden können. Veränderungen in den Indikatoren für die unbeobachtbare Variable erlauben somit Schlussfolgerungen auf den Einfluss mehrerer Bestimmungsgründe.

ins Jahr 2003 auf rund 17 % des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zunahm. Für das Jahr 2004 wurde mit einem Rückgang auf etwa 16 % des BIP gerechnet. Dies würde einem Volumen von etwa 360 Mrd. Euro entsprechen.

Wie auf Bundesebene dürfte auch in Baden-Württemberg die Größe der Schattenwirtschaft zugenommen haben. Im Jahr 1995 lag das Ausmaß der verdeckten Tätigkeiten bei fast 13 % des BIP (*Schaubild 1*). Der Höhepunkt schattenwirtschaftlicher Aktivitäten wurde 2003 mit 15 % erreicht. Für das Jahr 2004 wurde mit einem Rückgang gerechnet, der etwa 1 Prozentpunkt betragen dürfte. Das geschätzte Volumen der verdeckten Tätigkeiten im Südwesten im abgelaufenen Jahr kann auf gut 45 Mrd. Euro beziffert werden. Im Jahr 1995 lag das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Baden-Württemberg gut 1 Prozentpunkt unter dem Bundesdurchschnitt; bis 2004 hat sich dieser Abstand auf etwa 2 Prozentpunkte ausgeweitet.

Abweichende rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen können zwar im internationalen Vergleich für unterschiedliche Größen von Schattenwirtschaften herangezogen werden, auf nationaler Ebene jedoch kann von landeseinheitlichen Regelungen ausgegangen werden. Trotzdem differieren die Lebensverhältnisse zwischen den Bundesländern beachtlich, sodass weitere Gründe für verschiedene Intensitäten der inoffiziellen Wirtschaft gefunden werden müssen. Besonders ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Schwarzarbeitsmärkte lokale Märkte sind; insofern sind auch

die Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene sehr uneinheitlich. Es ist anzunehmen, dass davon und von anderen regionalen Besonderheiten – wie beispielsweise Unterschiede bei Einkommen und Arbeitslosenquoten – Auswirkungen auf das Volumen der Schattenwirtschaft ausgehen. Dies bedeutet zum Beispiel, dass tendenziell das Volumen der Schattenwirtschaft umso größer ist, je geringer das Pro-Kopf-Einkommen ist. Baden-Württemberg weist unter den Flächenstaaten das höchste verfügbare Einkommen und die geringste Arbeitslosenquote auf, sodass sich hieraus ein Erklärungsansatz für den unterdurchschnittlichen Anteil der Schattenwirtschaft am BIP ergibt.

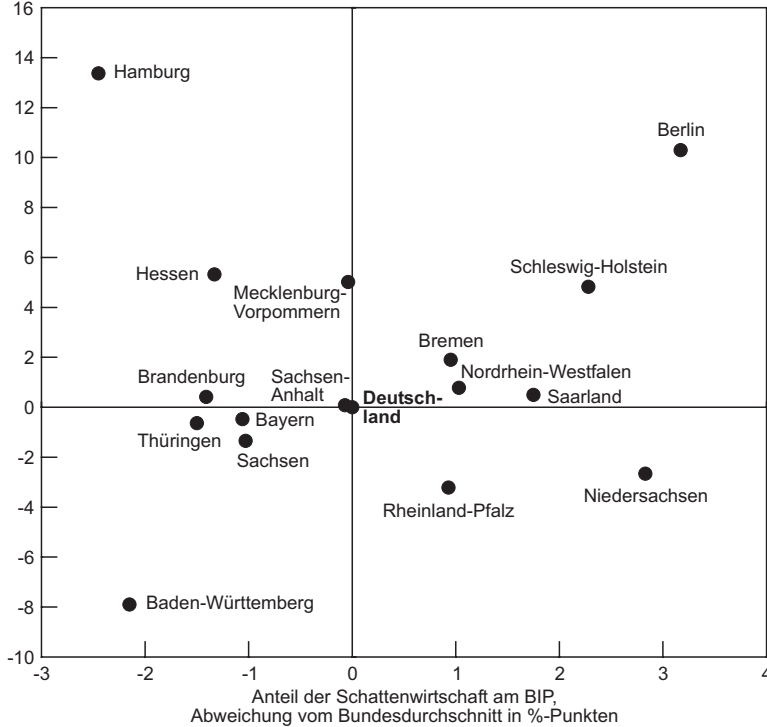
#### **Geringer Einfluss der Wirtschaftsstruktur auf Ausmaß der Schattenwirtschaft**

Vielfach wird das Argument vertreten, dass die verschiedenartigen Wirtschaftsstrukturen der Bundesländer für das unterschiedliche Ausmaß verantwortlich seien und es hänge demnach vom entsprechenden Gewicht einzelner Wirtschaftsbereiche ab. In Berlin und Hamburg nahm 1999 der Dienstleistungssektor eine starke Stellung ein. Während das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Berlin mit knapp 19 % an der Spitze der Skala lag, betrug der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP in Hamburg knapp 13 %, was den geringsten Wert unter den Bundesländern darstellt. Die Schattenwirtschaft wies in Baden-Württemberg einen ähnlich geringen Wert wie in Hamburg auf, und dies, obwohl in Baden-Württemberg der Wertschöp-

S2

Einfluss des Dienstleistungssektors auf die Schattenwirtschaft 1999 nach Bundesländern

Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors am BIP, Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %-Punkten



Quelle: Schneider, F./Osterkamp, R.: Schattenwirtschaft in Deutschland und Europa, Ifo-Schnelldienst, Band 53, 17-29, 30/2000. Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

647 04

fungsanteil des Dienstleistungssektors in Deutschland am geringsten war (siehe Schaubild 2).

Dies deutet darauf hin, dass die Wirtschaftsstruktur eher geringe Auswirkungen auf das Volumen der Schattenwirtschaft auf Länder-

ebene hat. Obwohl diese Betrachtung auf etwas älterem Datenmaterial beruht, da für alle Bundesländer keine aktuellen Werte verfügbar waren, kann davon ausgegangen werden, dass dieses Ergebnis auch weiterhin gültig ist, da strukturelle Änderungen sich nur langsam vollziehen.

38 % der Schattenwirtschaft entfallen auf Bau und Handwerk

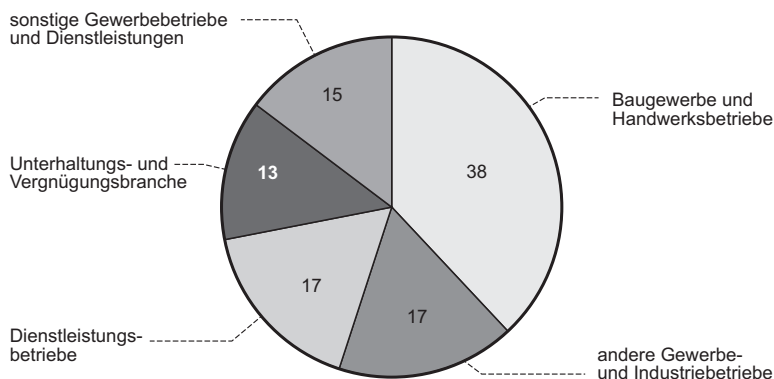
Nach Schätzungen von Schneider entfielen in Deutschland im Jahr 2004 insgesamt 38 % der Schattenwirtschaft auf den Bau und das Handwerk. Auf andere Gewerbe- bzw. Industriebetriebe und Dienstleistungsbetriebe, wie beispielsweise Hotels und Gaststätten, kamen jeweils 17 %. Der Anteil im so genannten Unterhaltungs- und Vergnügungsbereich betrug nach diesen Modellrechnungen 13 %. Weitere 15 % entfielen auf sonstige Gewerbebetriebe und Dienstleistungen, zu denen Tätigkeiten wie Nachhilfe, Babysitten und Friseurleistungen gezählt werden (Schaubild 3).

Der Schwerpunkt der schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten in Deutschland lag im Baugewerbe und bei den Handwerksbetrieben und erreichte nach den Vorausrechnungen in diesen Bereichen ein Volumen von 136 Mrd. Euro. Davon entfielen fast 52 Mrd. Euro bzw. 38 % auf das Bauhauptgewerbe und gut 39 Mrd. Euro (29 %) auf das Baunebengewerbe. Der Anteil der Handwerksbetriebe an der Schattenwirtschaft in der Baubranche betrug 18 % (rund 25 Mrd. Euro). Im Bereich sonstiger handwerklicher Tätigkeiten, wie der Reparatur elektrischer Geräte, wird davon ausgegangen, dass gut 20 Mrd. Euro (15 %) am Staat vorbei erwirtschaftet wurden.

S3

Schattenwirtschaft in Deutschland 2004 nach Wirtschaftsbereichen

Anteile in %



Quelle: Schneider, F.: Rückgang der Schattenwirtschaft in Deutschland, Stagnieren in der Schweiz sowie weiteres Anwachsen in Österreich? Ein Erklärungsversuch, Linz, 2004, <http://www.econ.jku.at/Schneider/publik.html>.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

645 04

In der Schattenwirtschaft liegt großes Beschäftigungspotenzial

Aufgrund der Dimension der Schattenwirtschaft in Deutschland stellt sich die Frage, welche Beschäftigungseffekte von ihr ausgehen. Die Anzahl der Schwarzarbeiter in Vollzeitäquivalenten betrug im Jahr 1995 in Deutschland rund 7 Mill. Personen. Diese rechnerische Größe wird ermittelt, indem man die in der Schattenwirtschaft gearbeiteten Stunden, die aus dem Schattenwirtschaftsvolumen abgeleitet werden, auf Vollzeitbeschäftigte umrechnet. Berechnungen zufolge stieg dieser Wert bis 2004 auf gut 9 Mill. Personen an. Es ist aber davon auszugehen, dass in Deutschland wesentlich mehr Bürger einer schattenwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, da Schwarzarbeit zum Großteil



nicht in Vollzeitarbeit geleistet wird. Vielmehr wird von Beschäftigten oder Nichterwerbstätigen das Haushaltseinkommen durch ein Nebeneinkommen aus der Schattenwirtschaft aufgebessert. Eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast könnte dazu beitragen, dieses Beschäftigungspotenzial, das in der Schattenwirtschaft gebunden ist, stärker zu nutzen.

**Südeuropäische Länder liegen im internationalen Vergleich an der Spitze**

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich des Ausmaßes und der Entwicklung der Schattenwirtschaft – hier erfolgte die Berechnung mit dem Bargeld- und dem Modellansatz – auf internationaler Ebene.<sup>2</sup> Der Durchschnitt der OECD-Länder betrug im Jahr 2004 rund 16 % des realen BIP. An der Spitze lagen die südeuropäischen Länder Griechenland (28 %), Italien (25 %) und Spanien (22 %). Am unteren Ende liegen Österreich (11 %), Schweiz (9 %) und die USA (8 %).

Das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Deutschland lag um knapp 1 Prozentpunkt über dem OECD-Durchschnitt, das in Baden-Württemberg gut 2 Prozentpunkte darunter (*Schaubild 4*).

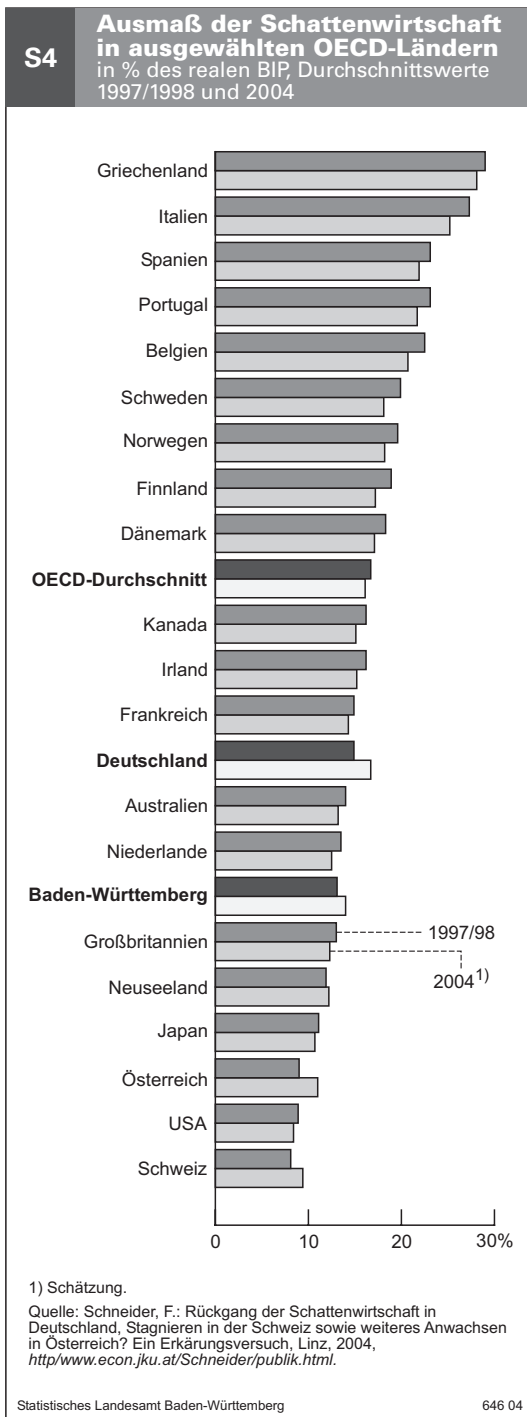
Augenfällig ist vor allem bei der Betrachtung im Zeitablauf, dass es in den meisten OECD-Ländern gelungen ist, das Ausmaß der Schattenwirtschaft zu reduzieren. Im OECD-Durchschnitt betrug der Rückgang gut 1/2 Prozentpunkt im Vergleich des Jahres 2004 mit dem Jahresdurchschnitt 1997/1998. Bei der Bekämpfung schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten waren in Schweden und Belgien mit einer Abnahme von jeweils knapp 2 Prozentpunkten die stärksten Rückgänge zu verzeichnen. Aber auch in den südeuropäischen Ländern ging der Anteil der Schattenwirtschaft am realen BIP um etwa 1 Prozentpunkt zurück. Dagegen war in Österreich die stärkste Zunahme mit einem Anstieg von 2 Prozentpunkten zu beobachten, gefolgt von Deutschland (knapp 2 Prozentpunkte), der Schweiz (gut 1 Prozentpunkt) und Baden-Württemberg (knapp 1 Prozentpunkt).

**Ist Schattenwirtschaft gut oder schlecht?**

In der Literatur wird als positive Wirkung der Schattenwirtschaft genannt, dass teilweise Güter und Dienstleistungen produziert und gehandelt werden, die von der „offiziellen“ Wirtschaft nicht in den entsprechenden (kleinen) Mengen zu niedrigen Preisen oder zu einfachen Bedingungen angeboten werden können. Weiterhin ergaben Umfragen, dass zwei Drittel des

in der Schattenwirtschaft verdienten Einkommens in der „offiziellen“ Wirtschaft ausgegeben werden, was zu einer Stabilisierung der Nachfrage und zu Steuereinnahmen führe. Auch könne – Umfragen zufolge – davon ausgegangen werden, dass die Schattenwirtschaft kaum reguläre Arbeitsplätze verdrängt, da drei Viertel der schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten vor allem deshalb ausgeführt werden, weil diese in der regulären Wirtschaft zu teuer seien und deshalb nicht nachgefragt werden.

Gegen diese Positionen ist einzuwenden, dass die Schattenwirtschaft zu einer Verschmälerung der Steuerbasis und somit zu Steuerausfällen



**2** Als Ursachen für die verschiedenen Ausmaße der Schattenwirtschaft im internationalen Vergleich zeigt sich empirische Evidenz bei Unterschieden hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung (positiver Zusammenhang), der Arbeitsmarktregulierung (positiver Zusammenhang), der Qualität der staatlichen Verwaltung (negativer Zusammenhang) und der Selbstständigigenquote (positiver Zusammenhang).

und geringeren Sozialversicherungsbeiträgen führt. Dies bedeutet, dass sich die Lasten der Sozialversicherung auf weniger Beitragszahler verteilen. Weiterhin werden makroökonomische Daten, auf denen politische Entscheidungen basieren, verzerrt. Beispielsweise wird das BIP zu niedrig ausgewiesen, das relevant für die Maastrichtkriterien ist oder als Maßstab für die Regionalförderung der EU herangezogen wird.

Aus individueller Sicht wirkt sich die Schattenwirtschaft durch ein neben der „offiziellen“ Beschäftigung erzieltetes Einkommen sicherlich positiv aus. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die Finanzierung der durch den Staat bereitgestellten Waren und Dienstleistungen sind zum Großteil steuerfinanziert. Daher fehlen dem Staat Mittel für seine Aufgabenerfüllung: notwendige Infrastrukturmaßnahmen, Zukunftsinvestitionen und Bildungsausgaben müssen zurück-

stehen. Wegen unterlassener Investitionen dürften die negativen Wirkungen der Schattenwirtschaft deutlich überwiegen.

Im vorliegenden Beitrag konnte hier zu Lande ein beachtliches Volumen schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten festgestellt werden. Daher stellt die Schattenwirtschaft für die Wirtschaftspolitik eine große Herausforderung dar, die darin besteht, zumindest einen Teil der schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten in die „offizielle“ Wirtschaft zu überführen. Verstärkte Strafverfolgung und höhere Sanktionen dürften allein nur auf die Symptome der Schattenwirtschaft wirken, sind teuer und wenig Erfolg versprechend. Effektiver kann diese nur bekämpft werden, wenn die Maßnahmen an den Ursachen ansetzen. ■

Weitere Auskünfte erteilt

Stefan Donhauser, Telefon 0711/641-2970

E-Mail: [Stefan.Donhauser@stala.bwl.de](mailto:Stefan.Donhauser@stala.bwl.de)

## kurz notiert ...

### Gerhard-Fürst-Preis 2005 des Statistischen Bundesamtes

Auch im kommenden Jahr prämiiert das Statistische Bundesamt herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit engem Bezug zur amtlichen Statistik mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Mit der Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt die verstärkte Nutzung der vielfältigen amtlichen Daten und Produkte innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulausbildung fördern. Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 Euro, in der Abteilung „Diplom- und Magisterarbeiten“ mit 2 500 Euro dotiert. Infrage kommende Arbeiten sollten entweder ein für die amtliche Statistik relevantes theoretisches Thema behandeln oder die Untersuchung empirischer Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik zum Gegenstand haben. Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2005 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 28. Februar 2005 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen). Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Hierüber ist eine schriftliche Erklärung des Autors bzw.

der Autorin abzugeben. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Einzureichen sind neben der Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien von Erst- und ggf. Zweitgutachten, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors bzw. der Autorin und bei Diplom- und Magisterarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit. Die vorgeschlagene Arbeit ist 5fach und die übrigen Unterlagen sind in 9facher Ausfertigung bei folgender Adresse einzureichen:

Statistisches Bundesamt  
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei (zum Beispiel als pdf-File) zur Verfügung gestellt werden kann. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2005 (Datum des Poststempels). Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Tel.: 0611/75-2695, E-Mail: [institut@destatis.de](mailto:institut@destatis.de), Internet: [www.destatis.de/allg/d/veroe/fue\\_txt.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/fue_txt.htm) ■